

Veranschaulichungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend

28. Mai 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftst. 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Dornbros-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindencstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Unsolide Finanzwirtschaft in Bayern.

Die Reichszuschüsse im Etat nicht ausgewiesen. — Die Bayerische Volkspartei in der Klemme.

Die weiß-blaue Agitation in Bayern gegen das Reich und die Weimarer Verfassung stützt sich im wesentlichen auf das Argument, daß durch den Verlust der eigenen Steuerhoheit Bayern seit Jahren finanziell außerordentlich benachteiligt worden ist. Mit diesem Argument haben die reaktionären Regierungsparteien bei weiten Schichten der Bevölkerung zweifellos starken Eindruck gemacht, obwohl sie und ihre Regierung es stets unterlassen haben, auch nur einmal genauen Aufschluß darüber zu geben, was Bayern Jahr für Jahr aus den Kassen des Reiches erhalten hat. Einigermassen nachrechnen lassen sich ja nur die gesetzlichen Steuerüberweisungen, dagegen weiß außer dem Finanzministerium kein Mensch in Bayern, was an sonstigen Zuschüssen aus den verschiedenen Fonds der Reichsministerien für besondere wirtschaftliche und soziale Zwecke nach München geflossen ist.

Nun ist man aber bei der gegenwärtigen Beratung des bayerischen Staatshaushalts darauf gekommen, daß diese außerordentlichen Zuschüsse des Reiches bei verschiedenen Ressorts (Innenministerium, Landwirtschaftsministerium, Sozialministerium) hohe Millionenbeträge ausmachen, ohne daß sie irgendwie in den Haushalten dieser Ministerien erscheinen, so daß die Volksvertretung keine Ahnung von der Höhe und feinen Einzelheiten in der Art der Verwendung dieser empfangenen Reichsgelder hat. Es fehlt also jede wirkliche Kontrolle der vom Reich für bestimmte Zwecke gegebenen Summen, denn die Prüfung der Rechnungsbelege durch den Obersten Rechnungshof erfolgt so spät, daß die Volksvertretung erst nach drei und vier Jahren in die Lage kommt, Einsicht in die Finanzgebarung zu nehmen. Eine so verspätete Kontrolle hat aber natürlich nur noch rein formalen Wert und entbehrt auch völlig des öffentlichen Interesses.

Als nun in einer der letzten Finanzausschüßsitzungen des Landtags diese mehr als sonderbare Methode einer ordentlichen Finanzgebarung, die überdies eine

offenkundige Verletzung des Budgetrechts der Volksvertretung ist, überraschenderweise ans Licht kam, herrschte bei allen Parteien Uebereinstimmung darüber, daß diese merkwürdigen Dinge so rasch als möglich geklärt werden müssen. Infolgedessen zeigte sich auch kein Widerspruch, als die Sozialdemokraten folgenden Antrag stellten:

„Die Staatsregierung wird beauftragt, dem Landtag unverzüglich eine Nachtragsvorlage zu unterbreiten, in der sämtliche vom Reich dem Lande Bayern seit dem Jahre 1924 für bestimmte Zwecke überwiesenen und im Staatshaushalt in Einnahmen und Ausgaben nicht aufgeführten Geldbeträge im einzelnen ausgewiesen sind.“

Als nun aber vereinbarungsgemäß dieser Antrag tags darauf beraten werden sollte, wehrte sich die Bayerische Volkspartei und mit ihr die Deutschnationalen gegen die Beratung. Die vorgebrachten Gründe waren durchaus sachdienlich, doch mußte die durch die Regierungspartei des Bauernbundes verstärkte Opposition dem Verlangen auf Aussetzung der Beratung schließlich stattgeben, weil nach altem Brauch im bayerischen Parlament solchen Wünschen immer Rechnung getragen wird und außerdem Vorschriften der Geschäftsordnung einer sofortigen Behandlung des Antrags im Wege standen.

Das Tragikomische bei der ganzen Angelegenheit ist die Tatsache, daß dieses Etatgeheimnis der Bayerischen Volkspartei-Minister, insbesondere des Finanzministers, aufgedeckt wurde durch den bekannten Vorstoß des Dr. Helm gegen den bauerndemokratischen Landwirtschaftsminister Fehr, mit dem bezweckt war, für die bevorstehenden Wahlen zum Landtag eine zugkräftige Parole der Bayerischen Volkspartei gegen den verhassten Bauernbund zu schaffen. Nun scheint es aber, daß der Schuh nach hinten losgeht, wobei es nicht unwahrscheinlich ist, daß das an und für sich politisch schwer belastete Konto des Finanzministers der Bayerischen Volkspartei, Dr. Krausneck, so stark anschwillt, daß er auf die Dauer nicht mehr zu halten ist.

führungen Briands noch dadurch, daß er die Vertrauensfrage hinsichtlich der Anfrage Blums und Antrag auf sofortige Vertagung der Debatte stellte. Blum erklärte sich mit dieser Vertagung bereit, und so wird die Kammer erst am nächsten Freitag über seinen Antrag schlüssig werden.

Wahlergebnis von Mecklenburg.

Die endgültige amtliche Feststellung.

Schwerin, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Unter dem Vorsitz des Landeswahlleiters stellte der Wahlausschuß am Sonnabend vormittag das endgültige Ergebnis der Mecklenburger Wahlen fest. Von 410 757 Wahlberechtigten sind bei einer Wahlbeteiligung von 76,32 Proz. 310 979 gültige und 2515 ungültige Stimmen abgegeben worden. Ueber das Ergebnis unterrichtet die folgende Tabelle:

	17. Febr. 1924	6. Mai 26	22. Mai 27 (endg. Resultat)
Sozialdemokraten	74 924	111 408	126 746
Kommunisten	44 785	38 463	15 718
Deutschnationale	95 176	83 287	68 356
Bölsche	63 511	26 160	17 736
Nationalsozialisten	—	4 607	5 589
Volkspartei	23 302	23 430	24 605
Wirtschaftspartei	5 122	16 146	33 245
Müeter	—	7 287	10 002
Demokraten	11 988	8 475	8 982

Es erhalten Mandate: Sozialdemokraten 21, Deutschnationale 11, Reichsbölsche 3, Deutsche Volkspartei 4, Kommunisten 3, Wirtschaftspartei 6, Demokraten 1, Müeter 2, Nationalsozialisten 0.

Der Landtag setzt sich somit aus 51 Abgeordneten zusammen. Davon erhalten die bisherigen Regierungsparteien 24 Mandate, die Opposition ebenfalls 24, und außerdem die Kommunisten drei. Der demokratischen Liste fehlen zur Erlangung des zweiten Sitzes nur 18 Stimmen. Da unter der verhältnismäßig großen Zahl von ungültigen Stimmen sich viele befinden, die bei genauer Nachprüfung, wie Stichproben ergaben, als ungültig nicht angesehen werden können, wird sich der Wahlprüfungsausschuß des Landtages eingehend mit einer Sichtung dieser Stimmen befassen.

Neuer Hitlerradau.

Nationalsozialistische Sturmtruppe provozieren in München.

München, 28. Mai. (Tl.) Da das polizeiliche Verbot der auf gestern einberufenen nationalsozialistischen Versammlung erst spät bekannt wurde, hatten sich zahlreiche Nationalsozialisten am Bürgerbräukeller eingefunden. Polizeibeamte sowie Parteifunktionäre der Nationalsozialisten sperren aber den Zugang. Schutzmannspatrouillen hielten vor dem Bürgerbräukeller die Ordnung aufrecht. In den späteren Abendstunden zogen nationalsozialistische Sturmtruppen verschiedentlich durch die innere Stadt, wobei das Hitler-Lied gesungen wurde. Etwa 300 Nationalsozialisten marschierten zum Gebäude der „Münchener Post“. Als jedoch Polizei anrückte, zerstreuten sich die Demonstranten.

Krieg in Sicht?

Der Abbruch zwischen zwei Weltmächten.

„Massenmobilisation gegen den Krieg!“, „Chamberlain will den internationalen Kreuzzug gegen die Sowjetunion!“, „Antwortet mit wuchtigem Massenprotest!“, das sind die Slogans über zwei oder drei Spalten der kommunistischen Presse laufenden Balken. „Mit dem Abbruch der Beziehungen leitet Chamberlain den kriegerischen Ueberfall auf die Sowjetunion ein“, das ist die Tonart, auf die der tägliche Leitartikel der „Roten Fahne“ abgestimmt ist. Wie aber liegen die Dinge in Wirklichkeit? Welche Tendenzen treiben zum Kriege? Gibt es Kräfte, die die Erhaltung des Friedens gewährleisten? Ist ein Weltkrieg möglich? Ist der Krieg in Sicht?

Grundsätzlich ist bei der heutigen Weltordnung ein Krieg stets möglich. Die großen Mächte sind schwer bewaffnet. Solange Kanonen da sind, können sie losgehen. Selbst nach heutigem Völkerrecht ist der Krieg noch nicht einmal zu einem Verbrechen erklärt; unter gewissen Bedingungen wäre auch heute noch ein Krieg rechtmäßig. Zudem ist der Völkerbund nicht universal. Gerade eine der beiden Großmächte außerhalb des Völkerbundes ist an diesem Konflikt beteiligt. Bei jedem Konflikt mit einer Macht außerhalb des Bundes ist ein Eingreifen schwierig. Doppelt schwierig wäre er, wo es sich um die Sowjetunion handelt. Deren leitende Männer zeigen — es ist möglich, daß sie es besser wissen — ein derartiges Verhalten der Funktion des Völkerbundes, daß sie einen Beschluß des Rates, sich mit dem Konflikt zu befassen, in eine imperialistische Einheitsfront umdeuten würden. Sie würden übersehen, daß Deutschland im Rate Sitz und Stimme hat und gegenwärtig auch noch den Ratsvorsitz führt, sod daß die Einberufung zu einer Ratstagung in seiner Hand liegt. Die Sowjetunion hat Deutschland gebeten, ihre Interessen in England wahrzunehmen. Das sollte sie und ihre Freunde veranlassen, sich zu überlegen, welche Machtposition Deutschland im Völkerbund in die Waagschale des Friedens legen kann. Aber muß denn die Organisation des Friedens gegen den Krieg in Bewegung gesetzt werden?

Die Söldlinge der Komintern schreien, daß wir unmittelbar vor Kriegsausbruch stünden. Die Moskauer Staatsregierung aber ist stolz darauf, „vollkommen kaltblütig“ zu bleiben. Im offenen Gegenstoß steht auch jetzt wieder — wie schon so oft — die Politik der Sowjetunion zu den Parolen ihrer Propagandazentralen. Litwinow hat gewiß grobe Worte gebraucht. Aber selbst seine Rede sprach weniger von Krieg und Kriegsgefahr, als davon, daß es nunmehr für die Sowjetunion unmöglich sein würde, Waren mit England zu tauschen. Damit hat er die Bereitschaft ausgedrückt, mit England auch weiterhin Geschäfte zu machen. Die Sowjetunion möchte nur — auch ohne Abkommen — eine halbwegs ausreichende Zufuhr erhalten, daß ihr Eigentum in England wie anderes Eigentum behandelt wird. Desgleichen hat Baldwin schon am Schlusse seiner Unterhausrede erklärt, daß auch England bereit sei, mit Rußland Geschäfte zu machen. Die am Freitag überreichte Note vermeidet es, das Wort Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu verwenden; sie spricht nur von ihrer einstweiligen Einstellung. England habe nicht die Absicht, Handelsgeschäfte der Arcos, der russischen Genossenschaften zu stören; es sei vielmehr bereit, der Sowjetunion die Namen der Rußen zu nennen, die sich ungestört auch weiterhin in England kaufmännisch betätigen dürfen, vorausgesetzt, daß sie sich auf diese Tätigkeit beschränken. Ebenso erläuterte Baldwin in einer Massenversammlung in London die Vorfälle der letzten Tage dahin, daß England keine weiteren politischen Verwicklungen und Auseinandersetzungen wünscht. Die Zurückziehung der Geschäftsträger bedeute nicht Krieg. So haben in den letzten Tagen die Erwägungen der wirtschaftlichen Vernunft die Oberhand erhalten. Fraglich ist, ob in Zukunft die Vernunft stärker als die politischen Nerventrisen des konservativen Kabinetts in London oder des kommunistischen Rates der Volkskommissare in Moskau bleiben wird.

Es war in der Tat eine Nerventrise des Londoner Kabinetts, die zum Abbruch der amtlichen Beziehungen geführt hat. In offener Parlamentssitzung wurde dem Premierminister vorgehalten, daß er und Chamberlain von Churchill und den Diehards überrumpelt wurde. Er konnte das nicht bestreiten. Es stellte sich heraus, daß noch in der Nacht von Montag zu Dienstag die Führer des englischen Maschinenbaues beim Premierminister erschienen und auf das dringlichste die Beibehaltung der Handelsbeziehungen forderten. Die Niederlage Baldwins war eine Niederlage der englischen Kapitalisten vor den Nationalisten und Junkern in der eigenen Partei.

Die kapitalistischen Interessen der herrschenden Klasse Englands wirken sich gegen eine Verschärfung des Konfliktes aus. International wirkt zugleich die Neutralität der übrigen Mächte der Zuspitzung der Gegensätze entgegen. Deutschland bleibt neutral. Selbst wenn es hier nennenswerte Kreise geben würde — und die gibt es unseres Wissens nicht — die an die Beteiligung an einem Koalitionskrieg gegen Rußland dächten, wäre die deutsche Sozialdemokratie immer noch stark genug, einen solchen Wahnsinn zu verhindern. Daß die deutsche Sozialdemokratie nicht gewillt ist, der deutschen Außenpolitik auch nur einen Schritt abseits vom Wege der Neutralität zu gestatten, braucht nicht erst gesagt zu werden. Das alberne Geschwätz der Kommunisten über diesen Punkt nimmt natürlich kein politisch Unterrichteter

Deutschlands Mittlerrolle.

Zunächst diplomatische Interessenvertretung der Rußen in London.

Auf Wunsch der russischen Regierung hat sich das deutsche Auswärtige Amt bereit erklärt, die russischen Interessen in England durch die deutsche Botschaft in London vertreten zu lassen. Die Erfüllung dieser Bitte bedeutet natürlich keine Stellungnahme im englisch-russischen Konflikt, sondern stellt lediglich eine diplomatische Formalität dar. Praktisch dürfte diese Interessenvertretung zunächst keine allzu große Belastung unserer Botschaft in London bedeuten, da die Zahl der Rußen in England relativ gering ist. Später kann allerdings diese Spezialaufgabe der deutschen Regierung über das rein formale hinauswachsen und politische Bedeutung erlangen, indem Deutschland der berufene Vermittler wäre, um den zerrissenen Faden zwischen London und Moskau wieder zu knüpfen.

Bis auf einige nationalsozialistische Pariser Blätter, die dem Entschluß der Reichsregierung unfreundliche Tendenzen unterstellen, wird diese Interessenwahrnehmung überall begrüßt. Es steht noch nicht fest, wen England mit seiner Interessenvertretung in Rußland betrauen wird, vermutlich hier die französische Botschaft in Moskau diese Aufgabe übernehmen. Das wäre in der Tat die natürlichste Lösung und es wäre für eine künftige Wiederannäherung besonders wertvoll, wenn sowohl Frankreich wie Deutschland eine Vermittlerrolle entfallen könnten.

Tschitscherin ist heute in Frankfurt a. M. eingetroffen. Er wird sich Anfang nächster Woche in Berlin aufhalten und sodann nach Moskau weiterreisen.

„Arcos“-Rückwirkungen in Argentinien.

Buenos Aires, den 28. Mai (WTB.). Auf Grund des von der Londoner Polizei bei der Hausdurchsuchung im Arcosgebäude gefundenen und in englischen Weisbuch veröffentlichten Adressenmaterials hat die Polizei hier an verschiedenen Stellen Hausdurchsuchungen gemacht und eine Anzahl Briefe und Zeitungen mit Beschlagnahme belegt, sowie mehrere Personen verhaftet.

Kommunistendebatte in Paris.

Die Debatte über die Beziehungen zu Rußland vertagt.

Paris, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Debatte über die Immunität der strasverfolgten kommunistischen Abgeordneten am Freitag in der Kammer wäre durch die Intervention des Sozialistenführers Léon Blum beinahe eine politische Sensation geworden, wenn sie nicht noch im letzten Augenblick abgedreht worden wäre. Nach der blaffen Rede des Kommunisten Cachin und der erneuten Anklagerede des Innenministers Sarraut erhob sich Léon Blum und stellte die kleine Zwischenfrage, wie sich denn nun eigentlich die Beziehungen Frankreichs zu Rußland nach dem Abbruch von London stellten. Der Außenminister Briand erhob sich sofort und erklärte, diese Frage habe mit der kommunistischen Interpellationsdebatte nichts zu tun. Die Außenpolitik stehe unbedingt höher als die Innenpolitik, und die Frage der russischen Beziehungen dürfe nicht in eine innenpolitische Debatte hineingezogen werden. Der Ministerpräsident Poincaré verstärkte diese Aus-

erst. Daß auch Frankreich mit Rußland nicht brechen wird, scheint sogar der englischen Regierung wahrscheinlich. Wohl ist der antikommunistische Feldzug in Frankreich stärker geworden, als er noch vor kurzem gewesen ist, aber die Gründe dafür liegen mehr auf innenpolitischem als auf außenpolitischem Gebiet.

Von einer unmittelbaren Bedrohung des Weltfriedens kann unter diesen Umständen nicht gesprochen werden. Damit ist nicht gesagt, daß uns die Verschärfung des englisch-russischen Gegenstückes gleichgültig sein könnte. Ein ständige Entspannung der Gegensätze zwischen den Staaten liegt im Interesse der Konsolidierung des Friedens, und alles, was diesen von der deutschen Sozialdemokratie und der Sozialistischen Arbeiterinternationale erstrebten Entwicklungsprozeß zu stören geeignet ist, muß bekämpft, und nicht nur bekämpft, sondern auch bekämpft werden. Darum ist das nervöse, überreizte Vorgehen der englischen konservativen Regierung auf das Schärfste zu verurteilen. Man soll uns aber auf der anderen Seite doch nicht die Dinge so darstellen, als ob Rußland ein Lamme wäre, das kein Wasser trinkt. Die russischen Spionage- und Verschwörermethoden sind eine Weltplage. Und wenn Genosse Glynnes jüngst im Unterhaus gesagt hat, diese Methoden richteten sich in erster Linie gegen die englische Arbeiterpartei, so brauchen wir für unsere Leser nicht erst umständlich hinzuzufügen, daß das gleiche auch für die Sozialdemokratie gilt, die ja erst jetzt wieder aus Anlaß des englisch-russischen Konfliktes von den Kommunisten in der bißsinnigsten Weise verleumdet wird. Die deutsche Sozialdemokratie wird darüber wachen, daß die deutsche Außenpolitik der Neutralität treu bleibt und sich weder von den Londoner Diebards noch von den Moskauer Bolschewiki um Haarsbreite von diesem Weg abdrängen läßt. So wirkt die deutsche Sozialdemokratie und die Sozialistische Arbeiterinternationale gegen alle Heher und Treiber von Hüben und drüben als wirkliche Hüterin des Weltfriedens.

Neue kommunistische Politik. Kommunisten und Republikaner.

Es lohnt schon, von Zeit zu Zeit die schönen Ergüsse der deutschen Sowjetpropaganda festzuhalten. In München wurde bekanntlich von der reaktionären Regierung der Reichsbanneritag verboten — auf deutschnationales Geheiß. Alle Republikaner sind darüber entrüstet — nur der „Roten Fahne“ dient das diktatorische Aufsteigen der Münchener Hitlerbeschützer zur Hege. Gegen wen? Nun natürlich gegen die Demokratie und gegen die Sozialdemokraten.

Es ist noch nicht drei Wochen her, seit die kommunistische Presse sich gegenseitig überboten hat in dem systematischen Getreibe, der Stahlhelmaufmarsch in Berlin müsse verhindert werden. Gar zu groß war das Interesse der Moskauer Drohzieher, den Reaktionären ihre moralische Niederlage zu ersparen.

Jetzt zitiert die Kommunisten über das Münchener Verbot und beschwören mit ihrer Parteipresse für die demokratischen Rechte die gute Sache der Republikaner. Denn die Münchener Bürgerblutregierung kann sich auf die kommunistischen Forderungen in Berlin berufen, wenn sie das Verbot der Demonstration der Republikaner mit derselben Begründung auspricht, die die Berliner Prebenda und ihre Freunde für die Verhinderung der Stahlhelmskundgebung geltend machten.

Kommunisten und Stresemann.

Für die Kommunisten ist Stresemann der Außenminister der deutschen Faschisten. „Die deutsche Bürgerblutregierung wird sich in die antisowjetische Einheitsfront einreihen.“ Die Politik Stresemanns, die Politik des neuen deutschen Imperialismus, läuft darauf hinaus, Deutschlands Beteiligung an dieser Einheitsfront möglichst teuer zu verkaufen.

Inzwischen aber hat die russische Regierung, also immerhin Kommunisten reinsten Wassers, das deutsche Auswärtige Amt mit der Wahrung der sowjetrussischen Interessen in England beauftragt. Der „Oberfaschist“ Stresemann soll die Hinter-

tür nach England offen halten, zu dessen vorderer Tür die russische Gesandtschaft eben hinausgestoßen ist.

Es geht eben nichts über kommunistische „Geradlinigkeit“.

Kommunistische und kapitalistische Einheitsfront.

Drei Meldungen:

1. In Nimes ist am 28. Mai der Kongreß der internationalen Konsumgenossenschaften zusammengetreten. Es kam gleich in der ersten Sitzung zu einem schweren Zwischenfall. Nachdem der sozialistische Delegierte Poisson den Bericht über die Geschäftstätigkeit der Konsumgenossenschaften seit 1924 bis heute erstattet hatte, versuchten verschiedene kommunistische Delegierte einen Gegenbericht anzubringen. Da jedoch die Vertretung derselben von der Versammlung abgelehnt wurde, stimmten Kommunisten die Internationale an, so daß die Sitzung abgebrochen werden mußte.

2. Am 9. Juni wird in Luxemburg eine neue Sitzung des Vorstandes des Internationalen Stahlkartells stattfinden. Es soll die Produktionsquote für das dritte Vierteljahr festgelegt und die Frage der Einrichtung von Verkaufskontoren für den Handel zur Steigerung der Preise erneut beraten werden.

3. Wie die „Journée industrielle“ mitzuteilen weiß, ist das Internationale Maschinenbaukartell sozialgenossenschaftlich organisiert. Die Statuten seien festgelegt, ihre Ratifizierung soll in der neuen Generalversammlung am 10. Juni in Luxemburg erfolgen. Das Kartell hat vorläufig den Inlandspreis unverändert auf 950 belgische Franken für die Tonne gelassen. Dagegen ist der Exportpreis wesentlich erhöht worden, und zwar auf 5,76 Pfund für Lieferungen bis zu 1000 Tonnen und darüber und auf 5,10 Pfund für kleinere Mengen. Die Quoten wurden auf die einzelnen Länder wie folgt verteilt: Deutschland 1 Million, Frankreich 400 000, Luxemburg 120 000 und Belgien 270 000 Tonnen.

Das internationale Verbraucherkartell wird von den Kommunisten arbeitsunfähig gemacht mit dem Absingen des Hochgefangs auf die internationale Solidarität.

Die Nationalisten aller Länder vereinigen sich inzwischen in aller Gemütsruhe und setzen die Preise herauf.

Denn die Kommunisten sorgen ja dafür, daß das Preisbild der einheitlich organisierten Unternehmer nicht durch eine Einheitsfront der verbrauchenden Massen gestört wird.

Kommunistische Politik!

Nationalisten vor Gericht.

Mahraun gegen Sodenstern.

Die am 10. Mai verlegte Auseinandersetzung zwischen Mahraun und Sodenstern konnte endlich heute morgen vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte zu Ende geführt werden. Neben dem Fürstenanwalt Herrn Coerling als Vertreter des Beklagten waren auch diese selbst, nämlich der Herr von Sodenstern als verantwortlicher Redakteur der „Deutschen Treue“ und die Herren Generalleutnant a. D. von Wächter und von Jena, die Mitglieder des Vorstandes des Nationalverbandes Deutscher Offiziere, im Gerichtssaal vertreten. Der Gegenstand der Privatklage ist noch in Erinnerung. In dem Organ hatte die Verbandsleitung des Nationalverbandes Deutscher Offiziere eine Erklärung veröffentlicht, in der sie Mahrauns Einverständnis mit einem militärischen Bündnis zwischen Deutschland und Frankreich scharf angriff. Schon die Diskussion eines solchen Vorschlages legt bei deutschen Männern einen Mangel jeglichen Charakters voraus. Mahraun schloß sich durch diese Erklärung selbst und strengte gegen seinen alten Widersacher Sodenstern und gegen die Autoren dieser Erklärung von Wächter und von Jena die Privatklage an.

In der heutigen Verhandlung behauptete von Sodenstern, daß er diese Erklärung nicht gelesen habe, und daß ihn auch eine strafrechtliche Verantwortung selbst aus dem Gesichtspunkt der Fahrlässigkeit nicht treffe, sofern er die Autoren dieser Erklärung namhaft gemacht habe.

Herr von Wächter schilderte bei seiner Vernehmung ausführlich die Gegensätze zwischen dem Nationalverband Deutscher Offiziere und dem Rebentlüger Mahraun, die in einer ganzen Reihe von Polemiken auftraten. Als schließlich der Leiter des Verbandes der Artikel der „Boschischen Zeitung“ eingesandt worden sei, habe er sich

genötigt gesehen, die Erklärung gegen Mahraun abzugeben. Ein Interesse, Mahraun zu beleidigen, habe nicht vorgelegen. Sich von der Verantwortung zu drücken, sei nicht beabsichtigt. Er, Wächter, habe an den General von Wolzenberg, in einem Brief erklärt, daß er es nicht verstehe, wie jemand angegriffen werden könne, der den Artikel nicht geschrieben habe. Zum Inhalt der Erklärung könne er nur soviel sagen, daß auch seiner Ansicht nach ein militärisches Bündnis mit Frankreich eine Auslieferung des deutschen Volkes an das französische Heer bedeuten würde.

Der dritte Beklagte, Leo von Jena, erklärte, daß die Leitung des Verbandes nicht in der Lage gewesen sei, sich die Broschüre selbst zu verschaffen, aus der die „Boschische Zeitung“ ihr Zitat gebracht hatte, da die „Deutsche Treue“ kurz vor Redaktionsschluß gestanden habe. Im übrigen könne der Vorwurf des Mangels jeglichen Charakters sich nicht auf Mahraun bezogen haben, da die Erklärung nur diejenigen im Auge gehabt habe, die an die Ausführung des Planes herantreten würden.

Mahraun äußert sich dahin, daß er in der Erklärung den Vorwurf des Landesverrats erwidert, und daß dieser eine schwere Rechnung für ihn zur Folge gehabt habe. Seine Freunde im ganzen Lande seien der Ueberzeugung gewesen, daß der Nationalverband Deutscher Offiziere eine falsche Behauptung nicht hätte aufstellen können. Erst die Lektüre seiner Broschüre hätte seine Freunde überzeugt, daß die Erklärung eine Unwahrheit enthalte. Im übrigen habe er in seinen zahlreichen Besprechungen mit französischen Politikern stets den Standpunkt vertreten, daß eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich die Aufhebung des Versailles Friedensvertrages zur unbedingten Voraussetzung haben müsse. Daraufhin seien verschiedentlich Franzosen nach Berlin gekommen und hätten den Vorschlag gemacht, die Heeresstärke 5:3 oder gleich zu gleich festzusetzen. Der Gedanke der Verständigung sei auch von nationalen Männern, wie etwa von dem Grafen von Solg vertreten worden. Die Vertiefung der Broschüre ergibt die Richtigkeit der Mahraunschen Behauptung.

Die Beweisaufnahme brachte keine wesentlichen Einzelheiten. Während des Plädoyers hatte man im Gerichtssaal den Eindruck, als sähe man in einer nationalistischen Versammlung. Das Urteil lautete auf Freispruch für den verantwortlichen Redakteur Sodenstern. Die beiden anderen Angeklagten erhielten je 50 Mark Geldstrafe. Den Verurteilten wurde die Pflicht zur Veröffentlichung des Urteils in der „Deutschen Treue“ und in der Zeitung des Jungdeutschen Ordens auferlegt.

Der Fall Floel.

Berufungsurteile der Weimarer Strafkammer.

Weimar, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Vor der Strafkammer in Weimar fanden am Freitag zwei Berufungsverhandlungen gegen den Schriftleiter Konrad Finkelmeier vom „Volk“ in Jena statt. Finkelmeier war in erster Instanz vom Amtsgericht in Jena wegen Beleidigung des Staatsanwaltschaftsrats Floel zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Nachdem alle Versuche gescheitert waren, Regierung und Staatsanwaltschaft zu einem Vorgehen gegen den Staatsanwaltschaftsrat Floel zu veranlassen, dem das „Volk“ Aktienübertragung und andere schwere Vergehen im Amte nachgewiesen hatte, hatte unsere Jenaer Parteizeitung sich einmal mit dem Privatleben Floels beschäftigt. In der Verhandlung in Weimar wurde die Berufung des Angeklagten und des Staatsanwalts verworfen. Genosse Levi, der als Verteidiger fungierte, stellte am Schluß seines Plädoyers fest, daß der Staatsanwaltschaftsrat Floel in dem ersten Finkelmeierprozeß einen Meineid geleistet hat und verlangte von der Staatsanwaltschaft, daß endlich gegen Floel Anklage erhoben werde. In der zweiten Verhandlung wurde die Strafe von sechs Wochen auf einen Monat Gefängnis ermäßigt. Finkelmeier hatte diese Strafe erhalten wegen Beleidigung der Weimarer Gerichte, weil er mit Bezug auf das Urteil gegen den früheren Oberstaatsanwalt Dr. Frieders erklärt hatte, in weiten Kreisen der Bevölkerung bestände die Auffassung, daß im Falle Frieders eine klare Rechtsbeugung vorliege.

Spannung über alles.

Wer die Strömungen der Gegenwart geschärften Auges verfolgt, dem kann es nicht entgehen, daß die heutige Literatur in „geistige Höhen emporstrebt. Man liebt wieder die Sensation. Von neuem erobert sich die spannungsgeladene Detektivromäne Film und Theater. Diesem Zug zur Intensivierung der Bühnenkunst trägt der Sommerdirektor der Reinhardt-Theater Emil Lind Rechnung. Er führt das Kriminalstück „Der Heger“ von Edgar Wallace aus England ein und im Deutschen Theater auf. Der erste Akt spielt im Londoner Polizeipräsidium, dessen Chef sich, seine Beamten und das Publikum mit der Frage abmüht, ob, wieso und wo im großen London der berühmte und geheimnisumwobene Verbrecher Milton, der Heger genannt, sein Unwesen treibt. Der Mord, auf den wir in solchen Städten nur ungern verzichten, passiert erst im fünften von den sechs Bildern. Das ist ein schwacher Punkt in Wallace's Kunstwerk. Wäre er schon im ersten erfolgt, dann hätten wir wenigstens gewußt, warum wir uns so mit dem Zweifel abmühen, wer nun eigentlich der Verbrecher ist. Auf einen Mord mehr oder weniger kommt es hierbei ohnehin nicht an. Trotzdem gelingt es dem Autor, die Spannung des Zuschauers auf die Spitze zu treiben.

Im Stück spielen im ganzen 14 Personen, von denen fünf als Heger von vornherein nicht in Betracht kommen. In der ersten Pause bildeten sich keine Debattierklubs, in denen aufgeregt auf einen der übrigen neun getippt wurde. Am meisten Anspruch darauf, der Heger zu sein, hatte der Polizeinspektor Blich, der in allen Szenen wie ein böser Geist herumwackelt. Die Fäden werden dann auch vom Autor, je weiter es zum Schluß geht, immer mehr auf diesen Inspektor Blich zusammengeführt. Und als im letzten Bild der richtige Heger gefast wird, merken die Zuschauer zu ihrer Verblüffung, daß er sich als der entpuppt, auf den sie am wenigsten gemeldet hätten. Die Linienführung des Verfassers erinnert an einen alten Witz. A. und B. unterhalten sich mit Rätselraten. A.: Es hat gelbes Gefieder, einen Schnabel, piept und man kann sich die Hände daran abtrocknen. B.: ? A.: Das ist ein Kanarienvogel. B.: Kanarienvogel und Hände abtrocknen? A.: Ich wollte es bloß ein bisschen schwer machen. — Im übrigen sieht man auf der Bühne grauflügelige Dinge. Lampen blitzen geheimnisvoll auf, Wände verschleichen sich, es schießt mehrmals, und was sonst so im Leben eines Detektivs vorzukommen pflegt.

Da der Regisseur Heinz Hilpert eine Schar trefflicher Darsteller leitet, ist der Abend nicht verloren. Oskar Hamolka spielt einen tapferen, pfiffig schlauen Polizeiarzt. Mit weinsüßlicher Rolle und torkelndem Gesunder der Arme und Beine. Sehr spähig. Albert Steinrück gibt einen verkommenen Rechtsanwalt, der zugleich Wüstling und Korruptist ist. Ueberzeugend und grauflügelig. In den

netten humoristischen Einschübelein tun sich Paul Häbiger und Hans Deppe hervor. Außerdem sind zu nennen Hanna Ralph, Hilde Körber, Mathias Wiemann, Werner Schott, Heinrich Schroth und Ernst Gronau.

„Das stärkere Band.“ Die Deutschen sind wirklich gutmütige Leute oder besser gesagt Gemütsrottel. Im neunten Jahre der Republik kann man ihnen dieses sentimentale Schwadtschid noch zumuten, in dem Felix Salten anno 1912 aus „Alt-Heidelberg“ und „Anne-Liese von Dessau“ alle Rührszenen verleierte. Die Fürstentumsliebe nehmen doch die Franzosen bereits unterm zweiten Kaiserreich als Possenthema, die braven Deutschen behandeln sie bis heute noch als ernsthaftes Problem, an dem sich Untertonenherzen erwärmen. Die einzige Entschuldigung, daß diese Antiquität im „Keinen Theater“ noch Beifall fand, liegt allenfalls in den sanften satirischen Anspielungen, vor allem aber in der Qualität der Darstellung. Adele Sandrock als Herzogin zu sehen und hören, ist wirklich ein Genuß. Eine wahrhaft töstliche Serenissima in ihrer Unnahbarkeit, ihrer kapitalen Borniertheit, die zuweilen ins Gegenteil umschlägt, ihrem ewigen Widerspruchsgesicht, ihrer Kälte, die doch in Güte sich löst. Der Herzog, der das Regiment fast hat, wurde durch Erich Kaiser-Litz fast zu viel vermenschlicht. Franz Frieder besticht als Erbprinz durch seine Jugend und Konia Kook, die Beliebte, die zur linken Hand getraut wird, durch ihre blonde Holdheit. Herz was willst du noch mehr? Die Spielleitung hatte Oskar Kanehl, dessen Hingabe an diese Monarchisterei um so mehr zu bewundern ist, da er sonst Edelkommunist zu sein pflegte.

Stockholmer Generalprobe für den Zukunftskrieg. Die Einwohner von Stockholm hatten am vorigen Sonntag Gelegenheit, einem ungewöhnlichen und recht ausregenden Schauspiel beizuwohnen. Am frühen Vormittag ertönten plötzlich in der ganzen Stadt Alarmsignale, während der Rundfunksender folgende Meldung abgab: „Zehn feindliche Flugzeuge mit Richtung Stockholm in Sicht. Gasangriff zu erwarten.“ Die nichtsahnende Menge sammelte sich auf den Straßen und auf den Plätzen. Man sah ängstliche Gesichter. In einigen Minuten hörte man das Surren der Motoren der heranfliegenden Flugzeuge. Kanonenschüsse donnerten, Rauchschwaden knatterten. Rauchbomben wurden herabgeschleudert, Sanitätsmannschaften trugen auf einer Bahre eine verwundete Frau, Krankenautos und Feuerwehrcarros saufen durch die Straßen. Was hatte das alles zu bedeuten? 500 Rauchbomben enthielten Flugchriften, aus denen man erfahren konnte, daß die Bombe, falls sie, wie im Ernstfall üblich, eine Sprengstofffüllung von 50 Kilo gehabt hätte, ein ganzes Wohnhaus zerstört haben würde. Eine 300-Kilo-Bombe würde ein ganzes Wohnviertel zerstört haben, während mit noch schwereren Geschossen ein ganzer Stadtteil verpögt und in Trümmer gelegt hätte. Das Ganze erwies sich also als eine Probe, die von dem Luftabwehr-Departement veranstaltet worden war, um der Bevölkerung die Gefahren des Luft- und Gaskrieges der Zukunft anschaulich zu machen und durch diese Propaganda für eine moderne Luftabwehrorganisation Stimmung zu machen.

Alfred Holzbock ist, fast 70 Jahre alt, in Berlin gestorben. Er gehörte zu den Epigonen der Theaterreportage, die einst von Witz und Geist belebt war, aber unter ihm zu einer Mischung von Ballberichter und Personentat degeneriert war. Sein Vergnügen ohne Holzbock — hieß es einstmals in Berlin. Aber später beschränkte er sich auf die großen Gelegenheiten. Wilhelm, der die Kritik in seinem Theaterbetrieb nicht liebte, (der „Vorwärts“ konnte damals keine Karten für seine Opernprunkstücke unter Hülsen bekommen), protegierte ihn, und so schrieb A. Holzbock zum Entsetzen aller Kenner über die kaiserliche Oper. Man soll den kleinen Mann mit dem großen Haartranz (er war aus Posen) nicht dafür tadeln, wohl aber die Lokalzeitungsprelle, die sich im Byzantinertum nicht genug tun konnte.

Discators Gründungen. Discator wird, wie eine Korrespondenz meldet, seine erste Spielzeit als eigener Theaterdirektor mit einer großen politischen Revue im „Theater am Kolonnenplatz“ beginnen. Diese Revue wird starken revolutionären Einschlag haben, zu deren Bearbeitung eine Anzahl literarischer Autoren herangezogen werden. Gleichzeitig wird Discator, hinter dem ein „bekannter Finanzmann neuerer Zeit“ steht, sein Theater mit den modernsten Errungenschaften der Bühnentechnik bauen.

Wie bei allen neuen Theaterprojekten, weiß man nicht, was an den Meldungen ist. Wünsche, Pläne, Reklame — alles geht zumeist darin durcheinander. Seltsam mutet es nur an, daß ausgerechnet ein bekannter Finanzmann ein kommunistisches Propagandatheater finanziert. Oder sollte Discator bereits Konzessionen machen? Was sagen die 37 oder 41 Literoten dazu, die sich dauernd im Frontmachen üben?

Eine neue Volksoper in Berlin? Wie ein Berliner Pressebureau erzählt, sind von Berliner Finanzkreisen Verhandlungen mit Max von Schillings eingeleitet worden, die ihn wieder an das Berliner Musikleben zu fesseln versuchen. Es handelt sich hierbei um ein Opernunternehmen im Stile der ehemaligen großen Volksoper. Max von Schillings soll die künstlerische Opernleitung übernehmen.

Sollte Herr Lange, der frühere Direktor der Volksoper, seine bereits einmal mißlungenen Versuche wieder aufnehmen wollen?

Erkaufführungen der Woche. Mont. Apollooper: „Traubadour“. — Dienst. Amiraltheater: „Die Ganachendru“. — Mittw. Lessingtheater: „Die Reichenrunde“. — Donn. Renaissance: „Fenster“. — Freit. Lustspielhaus: „Der Hölle“. — Rombdiensthaus: „Die weiße Kracht“. — Sittliche Oper: „Hanneles Himmelfahrt“. — Sonnab. Neues Th. am Zoo: „Zumult der Herzen“.

Die Bevölkerung der Tschschowow. Wie eine Träger Korrespondenz erzählt, schätzte man die Zahl der Einwohnerzahl in der Tschschowowischen Republik am 1. Januar 1927 im ganzen auf 14 298 860 Personen. Von dieser Zahl entfallen auf Estland rund 6 900 000, Litauen rund 2 800 000, Schlesien rund 790 000, Estland rund 2 200 000, Karpatenrußland rund 675 000 Einwohner.

Sozialistische Frauenkonferenz.

Genossin Juchacz erstattet Bericht.

Kiel, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Die Verhandlungen der Frauenkonferenz wurden heute vormittag von der Genossin Kurfürst-Kiel eröffnet. Den Jahresbericht über die Entwicklung der sozialistischen Frauenbewegung leit dem Heidelberger Parteitag die Genossin

Marie Juchacz:

Die einzelnen Angaben sind bereits in dem vom Parteivorstand herausgegebenen Jahrbuch und in der „Genossin“ mitgeteilt worden. Die Berichterstatterin wünscht, daß bei der Ausfüllung der Fragebogen nicht nur das trodene Zahlenmaterial gegeben werden soll, sondern das wirkliche Leben in den Organisationen dargestellt wird. Die sozialdemokratische Frauenbewegung will ein Teil der sozialdemokratischen Partei sein. Sie hat die Aufgabe, die arbeitenden Frauen zum politischen Kampf zu schulen. Diesem Zweck dienen insbesondere die Frauenkonferenzen, die im Laufe der Zeit an Bedeutung wesentlich gewonnen haben und außerordentlich fruchtbar wirkten. Das eine bestimmte Ziel ist: die Aktivierung der Frau ist in der vergangenen Periode mit größerer Steifigkeit als früher verfolgt worden. Wir marschieren vorwärts. Diese Arbeit wird wesentlich unterstützt durch die Frauenkurse und Frauenabende, die den Zweck verfolgen, die sozialistische Frau für die Lösung der ihr gestellten Aufgabe zu schulen. Das Programm dieser Veranstaltungen zeigt ein Bild der Frauen besonders berührenden Fragen, die in der Gesamtpartei nicht immer eindringlich genug berührt werden können. In zahlreichen Fällen ist, beispielsweise nach einem Referat des Genossen Sänger, die Strafrechtsreform erörtert worden. Besonders die Felle, die für die Frauen in Betracht kommen.

Ein besonders wichtiges Gebiet ist die Berufstätigkeit der Frau. Aus der letzten Berufszählung werden auch für die Aktivierung der Frauen bestimmte Schlüsse gezogen werden können. Mit der dauernden Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens ergibt sich eine immer stärkere Anteilnahme der Frau im öffentlichen Leben und an der Verwaltung des Staates.

Der prozentuale Anteil der Frau an der sozialdemokratischen Frauenbewegung ist in den einzelnen Bezirken sehr verschieden. Am höchsten ist er in Mecklenburg-Vorpommern mit 30,8 Proz., im westlichen Westfalen mit 28,44 Proz., Schleswig-Holstein mit 27,6 Proz.; am niedrigsten ist Hessen-Offenbach mit 8,71 Proz. Allerdings sind diese Zahlen nicht das entscheidende, sondern das ist der lebendige Anteil, den die Frauen an den das Volk bewegenden Lebensfragen nehmen. Die öffentlichen Frauenversammlungen müssen in normalen Zeiten neben den allgemeinen Parteiveranstaltungen überflüssig erscheinen. Aber in besonderen Fällen, bei der Behandlung aktueller wirtschaftlicher oder politischer Fragen, bei der Stellungnahme zu bestimmten Gesetzesvorlagen muß die Frau im Einverständnis mit der Parteiführung zu besonderen Versammlungen aufgerufen werden. Daneben gibt es eine ganze Reihe schwerwiegender Fragen, die zunächst im kleineren Kreise erörtert werden müssen, beispielsweise die neue Gestaltung des Wohnungswesens.

Bürgerliche Frauenorganisationen entfalten gerade in solchen Fragen häufig eine größere Aktivität als wir. Wir dürfen uns auch hierbei von den bürgerlichen Frauen nicht übertreffen lassen. Bei der Auswahl der Referate dürfen wir uns nicht auf die Spezialisten

aus der Großstadt verlassen, sondern es dürfen in jedem Zirkel, in jedem Ort bestimmte Frauen sein, die sich mit bestimmten Fragen eingehend beschäftigen und sie im größeren Rahmen durchsprechen können.

Die Berichterstatterin bespricht bei der Erörterung der an den Parteitag gestellten Anträge den Anteil der Frauen an den leitenden Körperschaften der Partei. Während sie beispielsweise im Parteiauschuß gut ist, haben manche Bezirke überhaupt keine Frau als Delegierte entsandt. Es erscheint nebenbei, ob man die Frauenkonferenz vor oder nach dem Parteitag stattfinden läßt. Die Frage, ob eine besondere politische Frauenzeitschrift geschaffen werden soll, wie die frühere „Gleichheit“, beantwortete die Genossin Juchacz dahin, daß die Frau die politische Gleichberechtigung habe, und daß es daher überflüssig erscheine, die politischen Zeitartikel, die die Tagespresse bringe, noch einmal in einer besonderen Frauenzeitschrift zu bringen.

Was sonst die „Gleichheit“ erörtert habe, das gebe jetzt die „Genossin“, deren Auflage sich ständig steigere. Besondere Aufmerksamkeit gebührt der Eingliederung der weiblichen Jugend in die Frauenbewegung. Die Jugend bringt neue Ideen und neuen Willen mit. Wir dürfen sie nicht als gegenständig empfinden, sondern müssen sie für die Gesamtbewegung nutzbar machen. Leider erfahren wir noch sehr häufig, daß Mädchen aus Arbeiterkreisen ihren Verkehr dort suchen, wo sie leicht dazu kommen, sich als etwas Besseres zu fühlen und so unserer Bewegung entfremdet werden.

Wir müssen an die Millionen von Arbeiterinnen, Ladenangestellten, Kontorgeschäftlichen mehr als bisher herantreten, sie für unseren Kampf gewinnen. Sie sind nach ihrer schweren Arbeit ermüdet und vielleicht hungrig, und deshalb bedarf es einer besonderen Agitationsmethode, um an sie heranzukommen. Wir brauchen eine Reihe leichter, aber gutgeschriebener Agitationsbroschüren dazu, aber auch sozialistische Frauen, die bereit sind, treppauf, treppab auf die uns noch fernstehenden Frauen einzuwirken. In dem kleinen Vortragsbuch gibt es derartige opferwillige Frauen zu vielen Tausenden. Auch bei uns muß es möglich sein, eine größere Anzahl von Frauen zu gewinnen, die bereit sind, eine solche Agitation zu betreiben.

Nach einem Blick auf die internationale sozialistische Frauenbewegung erklärt die Genossin Juchacz, daß die „Frauenwelt“ selbstverständlich kein Ersatz der „Gleichheit“ sein soll, sie habe eine andere Aufgabe zu erfüllen. Sie soll die uns noch fernstehenden Frauen für unseren Kampf vorbereiten. Der Republikanische Frauenbund sei keine zentrale Organisation, sondern es bestünden nur lokale Gründungen derartiger Art. Der Parteivorstand sei der Meinung, daß in der sozialistischen Partei und in der Arbeiterbewegung den Frauen Gelegenheit zu republikanischer Arbeit gegeben sei. Besondere Gründungen der republikanischer Frauenbünde, vielleicht als Ergänzung des Reichsbanners, seien überflüssig. (Lebhafte Beifall.)

Wie lebhaft das Interesse der Delegierten an den Verhandlungen ist, ergibt sich daraus, daß sich nach diesem Referat bereits 31 Diszussionsreferentinnen gemeldet haben. Sie geben in der Diskussion besonders ein auf die einzelnen Fragen der Schaffung einer besonderen politischen Zeitschrift für die Frauen, auf die Gewinnung der erwerbstätigen Frauen für die politischen Organisationen und die Eingliederung der jungen Mädchen in die Parteiarbeit.

Unsere Justiz und die Demokratie.

Ein nachdenkliches Kapitel.

Genosse Eduard Bernstein schreibt uns:

Die Nachricht, daß der preussische Justizminister D. Schmidt sich genauen Bericht über die Vorgänge hat geben lassen, die am 23. Mai vor dem Schnellgericht im Berliner Polizeipräsidium gespielt haben, wo 23 nationalsozialistische Jugendliche sich wegen lärmender, auf Sprengung abzielender und mit Gewalttätigkeiten verbundener Störung einer Versammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zu verantworten hatten, und daß er auf Grund des Berichtes die Staatsanwaltschaft angewiesen hat, gegen das vom Vorsitzenden des Schnellgerichts, dem Amtsgerichtsrat Kaiser, verkündeten Urteils Berufung einzulegen, muß jeden mit Bewußtsein erfüllten, dem die gesunde Entwicklung der Demokratie am Herzen liegt.

Es handelt sich natürlich nicht darum, etliche junge Menschen um jeden Preis ins Gefängnis zu bringen, sondern zu verhindern, daß ein Gerichtserkenntnis aufrechterhalten bleibt, das dem Geist der Verfassung unseres Landes schroff ins Gesicht schlägt.

Aus der Gerichtsverhandlung selbst ist zunächst bezeichnend, daß der Justizbeamte, dem die Wahrnehmung des dem ethischen Interesse der Allgemeinheit Ausdruck gebenden Rechtsgedankens vornehmste Pflicht ist, der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Frederdsdorf, eine Anklagebeide hielt, die auf eine platte Verteidigung der Versammlungsprengung hinauslief. Der Herr führte nämlich aus:

„Die Handlungsweise der unter Anklage stehenden jungen Leute, die größtenteils eine bessere Schulbildung genossen haben, sei nicht als ehrlos zu bezeichnen. Es könne diesen jungen Leuten nicht zum Vorwurf gemacht werden, daß sie von diesen, nun einmal bestehenden Gespinnstweben, die überall in unserem Vaterlande vorkommen, von sich aus nicht abließen, und sich zu den Ausschreitungen hätten hinreißen lassen.“

Demgemäß beantragte der Herr, vier der Angeklagten, die zu großen Gewalttätigkeiten übergegangen waren, mit gelinder Gefängnisstrafe — je fünf Tage — zu belegen, die übrigen aber sämtlich freizusprechen. Der Gerichtshof aber hat diese Verschönerung noch überboten. Er hat auch von den vier groß gewalttätigen Sprengungsbeteiligten noch zwei zu Lasten der Staatskasse freigesprochen, und mit Bezug auf die zwei von ihm selbst für schuldig Erkannten die Gefängnisstrafe in eine für Leute jener Gesellschaftsklasse recht mäßige Geldstrafe von 70 M. ermäßigt. Die bescheidene Verurteilung aber erfolgte, wie berichtet wurde, nicht wegen Gewalttätigkeit mit dem Ziele, die Versammlung unmöglich zu machen, sondern nur wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt.

Also die gewalttätige Sprengung einer politischen Versammlung wird vom Staatsanwalt als normurfrei begründet und das Gericht läßt das durch sein Urteil als „zu Recht“ gelten, weil sie zu den „einmal bestehenden Gespinnstweben“ gehöre, die „überall in unserem Vaterlande vorkommen“. Ganz abgesehen davon, daß dies „überall“ eine maßlose Übertreibung ist, verrät die ganze Argumentation aber auch ein Unverständnis für eine der Grundbedingungen wahrhaft demokratischen Lebens, die in einem demokratischen Staatswesen, das die deutsche Republik nach ihrer Verfassung ist und sein soll, keinem Juristen verziehen werden darf.

In allen Staatswesen, wo der demokratische Gedanke Grundlage des Rechts und im Volksbewußtsein eingewurzelt ist, gilt das Recht, Versammlungen frei und ungehindert abzuhalten, als so unantastbar, daß jeder Einbruch in es vom Volksbewußtsein auf das schärfste verurteilt wird. Und

das aus guten Gründen. Denn wo es nicht gilt und nicht als für alle gleichmäßig bindend hochgehalten wird, ist auch die Demokratie nicht gesichert.

Man braucht sich nur den Zustand eines Landes einmal klar vorzustellen, wo das Sprengen von politischen Versammlungen so zur Alltäglichkeit geworden ist, wie es der ehrenwerte Herr Staatsanwaltschaftsrat Dr. Frederdsdorf im Interesse der geliebten politischen Sprenggardisten mit „besserer Schulbildung“ zu unterstellen für gut befand und man wird ohne weiteres erkennen, daß ein solcher Zustand mit Notwendigkeit nur der Vorkäuser sein würde einer jaskhisch autoritären Reaktion.

In der Frühzeit der sozialistischen Bewegung ist es in Deutschland vorgekommen, daß besonders leidenschaftliche Anhänger des Vorkäuserflügels, wie heute wieder Sektionen der Kommunisten, zum Sprengen gegnerischer Versammlungen sich haben hinreißen lassen. Aber erstens geschah das in Einzelfällen und keineswegs als Regel oder gar System, und dann haben die weitblickenden und verantwortungsbewußten Führer der Bewegung, in denen die deutsche Sozialdemokratie noch heute ihre wegweisenden Vorkämpfer verehrt, die August Bebel, Wilhelm Liebknecht, August Seib, Ignaz Auer und ihre Mitstreiter zu allen Zeiten das Versammlungs Sprengen auf das schärfste verurteilt und bekämpft. Mögen nationalsozialistische Richter und Staatsanwälte es bei uns noch so eifrig beschönigen, und womöglich als ein Resultat „besserer Schulbildung“ verherrlichen, die zu einem der größten politischen Wachstumsfaktoren im Lande entwickelte Sozialdemokratie wird es nicht einreißten lassen.

„Wiener Arbeiterzeitung“ in Polen verboten!

Warschau, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der „Wiener Arbeiterzeitung“ wurde der Postvertrieb und der Straßen- und sonstige Verkauf in Polen entzogen. Der sozialistische „Robotnik“ protestierte in scharfen Worten gegen dieses Verbot und verlangt seine sofortige Aufhebung.

Aus der Partei.

Die neue Nummer der „Arbeiterwohlfahrt“

vom 1. Juni 1927 erscheint schon heute aus Anlaß der Konferenz, die die Arbeiterwohlfahrt im Anschluß an den Parteitag in Kiel am 29. und 30. mit der Tagesordnung „Zeitfragen der Jugendwohlfahrt“ abhält. Die Konferenznummer ist mit sehr guten Bildern aus den Heften der Arbeiterwohlfahrt „Kellinghusen“, der Reichslandheilstätte Ludwig Frank und dem noch in diesem Jahr zu eröffnenden Fürsorgeerziehungsheim „Immenhof“ geschmückt. Sie ist dem Konferenz-Thema angepaßt und behandelt Zeitfragen jugendlicher Arbeiter und jugendlicher Erwerbsloser. Genossin Helene Simon, eine der ersten Sachverständigen, die Deutschland überhaupt in dieser Frage befragt, behandelt in einem Aufsatz „Jugendliche Erwerbsarbeiter“ die Neuregelung des Kinder- und Jugendschutzes, Genosse Othenauer schildert die Freizeitbewegung der deutschen Jugend.“ Ueber die Fürsorge für schulstößene erwerbslose Jugendliche“ schreibt Genosse Magistratsrat Dr. Michel-Frankfurt am Main aus dem reichen Gebiet der Frankfurter Praxis. Genosse Koresz schildert „Das Problem der erwerbslosen Jugendlichen in Hamburg, und Genosse Käber, Leiter des Wohlfahrtsamtes des Kreises Calau „Die Hilfe für jugendliche Erwerbslose in einem Landkreise“. In der Rubrik „Aus der Arbeiterwohlfahrt“ berichtet Genossin Richmann-Rühl, die Vorsitzende der Anstaltskommission der Arbeiterwohlfahrt über das zukünftige Fürsorgeerziehungsheim des Hauptauschusses „Immenhof“ und seine Aufgabe. Mitteilungen aus der Organisation und eine Bücherchau über Neuerwerbungen der Jugendwohlfahrt folgen.

Auktion im Bierlokal.

Ein grauer und kalter Tag. Vorläufig warten und frieren wir noch ein wenig. Trotzdem wir vor einem Bierlokal stehen. Man könnte hineingehen und „Einen“ genehmigen, doch sind die Kollajolousen heruntergelassen und die Tür verschlossen. Solche „Lote Augen“ sieht man jetzt wieder häufiger im Straßenbilde, was darauf hindeutet, daß wir uns wieder den alten Friedenszuständen nähern. Um elf Uhr soll die Auktion stattfinden, da soll die Einrichtung des Lokals gerichtlich versteigert werden. Die Brauerei will ihr Biergeld haben, das der Wirt nicht bezahlt. Auch der Hauswirt ist wegen des rückständigen Mietzinses interessiert.

Der Wirt nicht behaupten, daß der Wirt noch vor einigen Tagen diese große Zahl Menschen, die nun beim Deffnen der Tür die Stube füllen, froh begrüßt hätte? Es wäre ein Geschäft gewesen, heute ist es nur eine verpaßte Gelegenheit. Der Gerichtsvollzieher ist noch nicht anwesend. Allgemeine Menschlichkeit führt dieses Publikum nicht her, diese Alltagsgeschäfte, die lachen und laut gesulstern, weil sie in einem Bierlokal warten, wo es keine Getränke gibt. Doch der laute Humor täuscht über ihre versteckten Absichten. Langst haben sie mit gekrümmten Blicken das Inventar im Raume tagiert. Sie haben ihr Angebot erzwungen, das sie später für die einzelnen Sachen abzugeben gedenken; sie haben auch schon ihren Verdienst kalkuliert. Die Sachen sind schlecht, die Stühle wackeln. Das Billard ist abgeplatzt, am Bodenrand ist die Kasse herausgerissen. Die Schnapsflaschen auf den Regalen sind leer. Der Gerichtsvollzieher ist gekommen, in seiner Begleitung ein Schreiber und ein Ausrufer. Auch der Hauswirt ist unter den Anwesenden, man erkennt ihn an seinem Besizertragen. Der Gerichtsvollzieher vermittelt zwischen den Gruppen. Man wartet. „Meine Herren, wir haben noch Zeit!“ sagt die geistliche Autorität. „Auf was wartet man noch? Nur eine leere Formelität, und doch liegt in ihr die unausschöpfbare Tragik eines Menschenjährlings. Der Schuldner könnte in diesem Augenblick hereintreten, noch fünf Minuten nach Elf, könnte sagen: hier ist das Geld! Der Gerichtsvollzieher würde seine Aktendeckel zuklappen: „Meine Herren, die Auktion ist aufgehoben.“ Der Restaurateur ist erschienen, aber — ohne Geld. Blah und Hill geht er sich an einen Tisch, von den meisten kaum beachtet und erkannt. Vielleicht daß er über das Wechselspiel dieses Lebens nachdenkt, vielleicht, daß er schon vergessen hat, daß dieser Tisch und Stuhl vor einigen Tagen noch sein Eigentum war. Die Auktion beginnt. Der Gerichtsvollzieher hat eine Liste über den Wert der einzelnen Gegenstände aufgestellt; sie liegt ziemlich tief und entspricht ungefähr der Forderung, die er eintreiben soll. Selten wird bei einem Angebot die Liste überschritten, man weiß nicht, was man mehr bewundern soll, die Lebenskenntnis des Beamten oder die Einigkeit unter den Käufern. Ein Ring, wenn sie es auch nicht Wort haben wollen, verbindet die Händler untereinander, daß keiner den anderen überbietet. Das Ganze wirkt wie eine Komödie mit verteilten Rollen, ein Händler bietet und erhöht den Zuschlag. Plötzlich ein Angebot von einem Außenstehenden. Die Händler spitzen die Ohren. Vorsichtig steigen sie mit. Bald, ohne daß der Fremde es merkt, haben sie den Gegenstand in die Höhe getrieben, so daß er nun weit über seinen Wert bezahlt ist. Erst das Gerinnen der anderen macht den Käufer auf seinen Irrtum aufmerksam. Das Gesamtresultat erreicht die Summe, die der Wirt schuldet.

Schnell leert sich das Lokal. Die gekauften Möbel werden von ihren neuen Besitzern gleich mitgenommen. Ueber der Schwelle zum Vereinszimmer liegt ein Stüchchen grüner Popiergirlande, ein Gruß vom Leben — vom letzten Vorbierfest. Der kleine Wirt ist längst gegangen. Der große Wirt hat mit dem Gerichtsvollzieher noch zu verhandeln, er legt sich dabei breit und gewichtig über den Schanktisch. Der kleine Wirt und der große Wirt, wie im Märchen: der kleine Klaus und der große Klaus.

Raubüberfall in Neu-Heiligensee.

Der jugendliche Täter verhaftet.

Ein frecher Raubüberfall wurde heute früh zwischen 7 und 8 Uhr in der Kirchallee zu Neu-Heiligensee auf die 41jährige Ehefrau Bonika Poblehti, die dort ein Zigarettengeschäft betreibt, verübt. Der Täter, ein junger Mann aus dem Ort, der seit einiger Zeit arbeitslos ist, konnte unmittelbar nach der Tat von der Polizei verhaftet werden.

Im Geschäft der Frau P. erschien heute früh gegen 6,8 Uhr der 19jährige Tischler Otto Rams, der bei seinen Eltern in der Straße Nr. 119 zu Neu-Heiligensee wohnt, und fragte, ob er den Ehemann sprechen könne. Als Frau P. sagte, daß ihr Mann sich bereits auf dem Wege zu seiner Arbeitsstätte befinde, verlangte M. einige Zigaretten. Nichtsahnend drehte sich die Geschäftsinhaberin um und wollte aus dem Schrank hinter dem Ladentisch die verlangten Zigaretten herausnehmen. Dieben Augenblick bemachte der Burche, um den Zigarrenoberschneider zu ergreifen und damit auf Frau P. einzuschlagen. Er versetzte ihr mehrere wuchtige Schläge über den Kopf. Als die Ueberfallene um Hilfe rief, drang der Täter auf sie ein und versuchte sie durch Würgen am Schreien zu verhindern. Frau P., die mehrere Kopfwunden davongetragen hatte, verlor das Bewußtsein und sank blutüberströmt zu Boden. Diese Situation nutzte der Täter aus. Er raubte den Inhalt der Lebenskasse im Betrage von 29 Mark, steckte sich noch 150 Zigaretten und 40 Zigarillos ein und entfernte sich unbemerkt. Zehn Minuten nach dem Ueberfall betrat ein 15jähriger Schüler den Laden und sah Frau P. bewußtlos am Boden liegen. Er weckte den 16jährigen Sohn der Ueberfallenen, der im Hinterzimmer schlief und von dem ganzen Vorfall nichts gehört hatte. Polizei und ein Arzt waren nach kurzer Zeit zur Stelle. Frau P., die mehrere klaffende Wunden am Hinterkopf davongetragen hatte, gab bei ihrer Vernehmung eine genaue Beschreibung des Täters, so daß es der Polizei schon kurze Zeit darauf gelang, M. in der elterlichen Wohnung, wohin er sich unmittelbar nach der Tat begeben hatte, zu verhaften. Er gab den Ueberfall sofort zu.

Der Tote vom Seddinsee erkannt.

Die Todesursache jedoch noch nicht festgestellt.

Zu dem Leichensund am Seddinsee erfahren wir, daß der zunächst unbekannt Mann gestern abend festgestellt worden ist. Am vergangenen Dienstag fand eine Frau in der Schmöldwiger Gegend eine Reisetasche, die Papiere einer Hallenser Spinnererei und Bindfabrik enthielt. Weil keine andere Adresse vorhanden war, sandte sie die Tasche mit Inhalt nach Halle an die Firma. Diese erkannte, daß es die Tasche eines ihrer Reisenden war, eines 37 Jahre alten Albert Riedel aus der Raugarder Straße zu Berlin. Riedel wurde seit dem 17. d. M. vermißt. Er pflegte, wenn er Geld erhielt, einige Tage wegzubleiben, kam dann aber immer wieder nach Hause. Zuletzt hatte er 200 M. bekommen. Seine Angehörigen machten sich zunächst über sein Ausbleiben keine Sorgen, weil er ja immer wiedergekommen war. Als sie nun aber von der Fabrik aus Halle die Tasche zugesandt erhielten, zeigten sie gestern an, daß sie Riedel vermißt. Zufällig wurde nun am gleichen Tage die unbekannt Leiche gefunden. Jetzt stellten die Angehörigen fest, daß der Tote ihr Vermißter ist. Sie vermuten, daß er ermordet und beraubt worden sei. Ein bestimmter Anhalt dafür ist von der Nordkommission bisher nicht gefunden. Die bereits angeordnete Obduktion der Leiche wird wohl feststellen, woher die schweren Verletzungen rühren und wie die fehlenden Glieder, der linke Arm und das rechte Bein, von dem Körper abgetrennt worden sind. Gefunden sind diese Glieder bisher noch nicht.

Der Leichensund im Grunewald ist jetzt vollständig aufgeklärt. Die Obduktion, die gestern nachmittags im Schauhaufe vorgenommen wurde, ergab, daß sich die Kontoristin Hertha Unge ohne

Zweifel selbst erschaffen hat. Bestätigt wurde dieser Tatbestand auch noch dadurch, daß an der rechten Hand der Toten Pulverfleck im festgestellten wurde. Ihr Begleiter, der Kaufmann Willy Lange, wurde nach diesem Ergebnis sofort auf freien Fuß gesetzt.

Halensee - Messiegelände.

Gesamtkosten auf 2,8 Millionen Mark geschätzt.

Der Magistrat hat jetzt der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage über die geplante Verbindungsstraße zwischen Halensee und dem Messiegelände in Wilhelmsden zugehen lassen. Bisher bestand bekanntlich zwischen dem Kurfürstendamm und der Königin-Elisabeth-Straße bzw. Heerstraße, abgesehen von der sehr schlechten und sehr wenig leistungsfähigen Verbindungsstraße im Zuge des Kronprinzendamms keine direkte Verbindung. Durch die umfangreichen Gleisumbauten der Reichsbahn im Charlottenburger Gleisdreieck hat sich die Möglichkeit und Notwendigkeit ergeben, diesen Linienzug entsprechend seiner Verkehrsbedeutung auszubauen. Der neue Straßenzug weicht, abgesehen von dem Kronprinzendamm, erheblich von der alten Linienführung ab. Der Entwurf der Straße ist so aufgestellt, daß durchweg Richtungsverkehr für die Fußwege und für die Straßenbahn ein besonderer Stromkörper vorgezogen sind. Die Arbeiten, für die zunächst 300 000 Mk. angefordert werden, sollen sofort beginnen.

Unhygienische Schlachthäuser in Berlin!

Der Zentralverband der Fleischer veranstaltete kürzlich eine öffentliche Versammlung der Berliner Engros-Schlächtergesellschaften, an der etwa 1500 Personen im großen Börsenaal der Viehhofstraße teilnahmen, um zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen Stellung zu nehmen. Bei der Diskussion kamen auch die Zustände in den sogenannten Vorortschlachthäusern zur Sprache, die sich in Weißensee, Reinickendorf, Friedrichsfelde, Neutölln befinden. In der Versammlung kam zum Ausdruck, daß diese sogenannten „Winkelschlachthäuser“, die ausschließlich in alten Häusern untergebracht seien, wohl vor Jahrzehnten eine Dankschuldigkeit gehabt hätten, heute aber, da die Stadt Berlin im Osten einen großen Schlacht- und Viehhof besitzt, nicht mehr den modernen Erfordernissen entsprächen. Es müsse die Schließung dieser Schlachthäuser verlangt werden, nicht nur, weil die Beschäftigten in 79-100stündiger Arbeitswoche bei außerordentlich geringem Lohn beschäftigt würden, sondern weil auch die Vermittlungsbesetzung der Stadt Berlin als Kommune das Recht auf die Forderung hätte, daß das Fleisch in Arbeitsräumen zum Genuß vorkereitet werde, die den hygienischen Ansprüchen genügen. Dies sei aber in den Vorortschlachthäusern selten der Fall, und die sanitären Verhältnisse seien oft keineswegs auf der Höhe. Nicht selten befindet sich sogar dicht am Schlachthaus eine Dungsgrube. Es sei auch außerordentlich schwer, in derartigen alten Gebäuden Ratten zu vertreiben, die zu den gefährlichsten Bazillenträgern gehörten. Außerdem seien die Nachschlachtungen an der Tagesordnung, ganz besonders im Vorortschlachthof Friedrichsfelde, wo die Arbeitszeit so eingeteilt werde, daß um 2 bzw. 4 Uhr nachts begonnen und bis 5 Uhr nachmittags gearbeitet werde. Sogar der Sonntag werde manchmal noch mit zur Hilfe genommen. Die Direktion des städtischen Schlacht- und Viehhofes führe schon seit langem einen bisher vergeblichen Kampf gegen diese unzeitgemäßen Schlachthäuser, und sie verlange mit Recht die Zentralisierung aller Schlachtungen in den hantierisch umwandelten Schlachthäusern der Stadt Berlin. Der Zentralverband der Fleischer erwarte, daß sich die zuständigen Gewerbeaufsichtsbehörden einmal für diese Zustände interessieren, und daß der Berliner Magistrat Beschlüsse fasse, damit diese, einer modernen Großstadt unwürdigen Schlachthäuser verschwinden.

Staubexplosion in der AEG.

Aus bisher noch ungeklärter Ursache entstand heute vormittag im Kesselhaus der AEG in der Wilhelmshafenstraße 88/89 eine starke Kohlenstaubexplosion. Zum Glück wurde niemand verletzt. Der Fabrikfeuerwehrgang gelang es durch tatkräftiges Eingreifen im letzten Augenblick, größeres Unheil zu verhindern. Mehrere Löschzüge der Feuerwehr, die auf den Alarm „Mittelfeuer“ anrückten, brauchten nicht mehr in Tätigkeit zu treten.

Das Wochenbett im Walde.

Da schreibt uns:
„Seit einigen Tagen hörten Spaziergänger, die sich auf dem Wege vom Kleinen Wannensee zum Golfplatz befanden, lautes Hundegebell, das ständig aus ein und derselben Richtung zu kommen schien. Mehrere Bekannte gingen nun dem Gebell nach und entdeckten unterhalb einer Schonung eine schwarze große Schäferhündin, mit einem etwa vierzehn Tage alten Hundebaby, das die Hündin in der Lammenschonung genossen haben muß. In die Kinderstube, die dauernd vom Regen durchnäßt wird, zu gelangen, ist ein Ding der Unmöglichkeit, da die treue Hundemutter ihr Wochenbett im Umkreis heldenhaft verteidigt. Ohne Nahrung, selber Nahrung gebend, liegt das magere Tier nun tagelang da. Vielleicht kann der Tierpflegerverein die beiden Hunde vor dem Abbruch bzw. vor dem Verhungern bewahren.“

Die Bureaus und Kassen der Reichshauptbank werden Sonntag, den 4. Juni d. J., von 12 Uhr mittags ab geschlossen sein.

Theater der Woche.

Vom 29. Mai bis 6. Juni 1927.

Schiffbau: Ein Sommerabstrich. — Oper am Platz der Republik: 29. Sinfonie. 30. Sinfonie. 31. Sinfonie. 1. Sinfonie. 2. Sinfonie. 3. Sinfonie. 4. Sinfonie. 5. Sinfonie. 6. Sinfonie. 7. Sinfonie. 8. Sinfonie. 9. Sinfonie. 10. Sinfonie. 11. Sinfonie. 12. Sinfonie. 13. Sinfonie. 14. Sinfonie. 15. Sinfonie. 16. Sinfonie. 17. Sinfonie. 18. Sinfonie. 19. Sinfonie. 20. Sinfonie. 21. Sinfonie. 22. Sinfonie. 23. Sinfonie. 24. Sinfonie. 25. Sinfonie. 26. Sinfonie. 27. Sinfonie. 28. Sinfonie. 29. Sinfonie. 30. Sinfonie. 31. Sinfonie. 32. Sinfonie. 33. Sinfonie. 34. Sinfonie. 35. Sinfonie. 36. Sinfonie. 37. Sinfonie. 38. Sinfonie. 39. Sinfonie. 40. Sinfonie. 41. Sinfonie. 42. Sinfonie. 43. Sinfonie. 44. Sinfonie. 45. Sinfonie. 46. Sinfonie. 47. Sinfonie. 48. Sinfonie. 49. Sinfonie. 50. Sinfonie. 51. Sinfonie. 52. Sinfonie. 53. Sinfonie. 54. Sinfonie. 55. Sinfonie. 56. Sinfonie. 57. Sinfonie. 58. Sinfonie. 59. Sinfonie. 60. Sinfonie. 61. Sinfonie. 62. Sinfonie. 63. Sinfonie. 64. Sinfonie. 65. Sinfonie. 66. Sinfonie. 67. Sinfonie. 68. Sinfonie. 69. Sinfonie. 70. Sinfonie. 71. Sinfonie. 72. Sinfonie. 73. Sinfonie. 74. Sinfonie. 75. Sinfonie. 76. Sinfonie. 77. Sinfonie. 78. Sinfonie. 79. Sinfonie. 80. Sinfonie. 81. Sinfonie. 82. Sinfonie. 83. Sinfonie. 84. Sinfonie. 85. Sinfonie. 86. Sinfonie. 87. Sinfonie. 88. Sinfonie. 89. Sinfonie. 90. Sinfonie. 91. Sinfonie. 92. Sinfonie. 93. Sinfonie. 94. Sinfonie. 95. Sinfonie. 96. Sinfonie. 97. Sinfonie. 98. Sinfonie. 99. Sinfonie. 100. Sinfonie.

Schnellrichter beim Arbeitsgericht.

Ohne Anhörung der Parteien.

Vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband wird uns geschrieben: Seit dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes wurde bei den Städtischen Gaswerken auf jedem Werk ein Einzelbetriebsrat und von diesem ein Gesamtbetriebsrat gewählt. Seit der Gründung der Berliner Städtischen Gaswerke A.-G. hat die Direktion bei jeder Neuwahl die Ansetzung der Betriebsratswahl angeordnet, um zu erreichen, daß sich die Belegschaft der sämtlichen Städtischen Gaswerke dazu bereit erklärt, für sämtliche Werke und Abteilungen nur einen Einzelbetriebsrat zu wählen. Beim Abschluß der Neuwahl für das Jahr 1927 hat die Direktion der Berliner Städtischen Gaswerke A.-G. dementsprechend sämtliche Wahlen beim Arbeitsgericht Berlin angefochten und beantragt, die Wahlen für ungültig zu erklären.

Es werden in den Betrieben 5032 Arbeiter und 1842 Angestellte beschäftigt, die Gesamtbetriebsrat beträgt demnach 6874 Personen. Diese umfangreiche Belegschaft, die auf ein großes, in sich selbständige und voneinander räumlich sehr weit entfernte Betriebe verteilt ist, soll nach dem Willen der Direktion nur noch von einem Betriebsrat vertreten werden, der seinen Sitz bei der Zentralverwaltung haben soll.

Das Gerichtsverfahren vor dem Arbeitsgericht Berlin, unter Vorsitz von Obermagistratsrat Dr. Schallhorn, hat nun einen außerordentlich bedenklichen Verlauf genommen. Nachdem nämlich durch den Vertreter der Beklagten zunächst die wichtigsten und generellen Erwidierungen in einem Schriftsatz dem Gericht übermittelt waren, wurde dem Vertreter der beklagten Betriebsräte statt einer Erwidierung der Direktion der Gaswerke A.-G. bereits das Urteil des Arbeitsgerichts zugestellt, das in seinem Tenor folgendermaßen lautet:

„Die Betriebsratswahlen für die vorstehend aufgeführten Werke werden für ungültig erklärt. Diese Entscheidung ergeht kostenlos und ist endgültig.“

Das Arbeitsgericht Berlin hat hier in einer Angelegenheit, in der es sich um die Interessendretzung von mehr als 6800 Arbeitern und Angestellten handelt, ohne Anhörung der Parteien, ohne Ansetzung einer mündlichen Verhandlung den Wünschen des Unternehmens auf Beschränkung der Betriebsvertretung mit einer Befehlsmäßigen Rechnung getragen, die bei anderen Streitigkeiten oftmals sehr erwünscht wäre. Dieser gewaltige Abbau der Betriebsräte ist von der Belegschaft mit der größten Entrüstung entgegengenommen worden. Ganz besonders empört ist die Belegschaft über die Art, wie das Arbeitsgericht Berlin in solch wichtigen Streitigkeiten entscheidet.

Wie nach Zustellung des Urteils bekannt geworden ist, hat die Direktion der Gaswerke auf den Schriftsatz der beklagten Betriebsräte dem Gericht eine umfangreiche Erwidierung übermittelt. Es muß aber festgestellt werden, daß diese Erwidierung weder den beklagten Betriebsräten noch deren Prozessbevollmächtigten, dem Vertreter des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, bis heute vom Arbeitsgericht zugestellt worden ist.

Es wird nach Errichtung der neuen Arbeitsgerichte Aufgabe der zuständigen Instanzen und auch Pflicht der freien Gewerkschaften sein, derartige Praktiken im neuen Arbeitsgerichtsverfahren unter allen Umständen zu unterbinden.

Nachricht der Redaktion: Nach dem Betriebsrätegesetz ist es allerdings zulässig, ohne mündliche Verhandlung zu entscheiden und sogar endgültig zu entscheiden. Das vorliegende Urteil, das ein klares Fehlurteil ist, kann also nicht mehr angefochten werden. Um so mehr ist es die Pflicht des Gesetzgebers, die vorwärtliche Bestimmung des schriftlichen Gerichtsverfahrens schnellstens verschwinden zu lassen. Im vorliegenden Fall ist das administrative Justizverfahren besonders deshalb eine Herausforderung des Rechtsempfindens, weil hier der Magistrat der Stadt Berlin — wenn auch unter verschiedenen Personen und Einrichtungen — zugleich Kläger und Richter war.

Streik der Bremer Metallarbeiter.

Um den Nichtstundtag.

Bremen, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Bremer Metallarbeiter befinden sich im Streik. Nach langwierigen, aber ergebnislosen Verhandlungen mit den Unternehmern wurde vom Schlichtungsausschuss ein Schiedspruch gefällt, der die wöchentliche regelmäßige Arbeitszeit auf 48 Stunden festsetzt, mit der Maßgabe, daß die Unternehmer bei wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Betriebes wöchentlich bis zu drei Ueberstunden anordnen können. Hierfür ist ein Zuschlag von 15 Proz. zu zahlen. Für alle weiteren Ueberstunden bedarf es der Zustimmung des Betriebsrates. Der Zuschlag erhöht sich dann auf 30 Proz. Der Schiedspruch hat zum ersten Male auch die Urlaubsfrage geregelt, und zwar, je nach der Dauer der Beschäftigung, drei bis acht Tage Urlaub festgelegt. Gleichzeitig erhält der Schiedspruch eine Bestimmung über die Lohnstufung. Danach sollen die Angelernten

91 Proz., die Angelernten 85 Proz. des Lohnes der Gelehrten bekommen. Dieser Schiedspruch wurde von den Metallarbeitern mit erbitterter Mehrheit abgelehnt. Der Streik wird in voller Beschlossenheit geführt. Am Montag sollen nochmals Verhandlungen vor dem Schlichter stattfinden, der den Versuch machen will, den Streik durch eine Vereinbarung beizulegen.

Das Nachrichtenmonopol des „Vorwärts“.

Und die böswillige Unfähigkeit der „Roten Fahne“.

Die Redaktion der „Roten Fahne“ verteidigt sich darauf, die Angelegenheiten des Metallarbeiter-Verbandes verantwortlich zu machen für den Mißfall, den die „Rote Fahne“ in gewerkschaftlichen Angelegenheiten verurteilt. Das Bolschewistenblatt ist von seiner lächerlichen Behauptung, daß die Mehrheit der Metallarbeiter Berlins Befürworter der „Roten Fahne“ seien, zurückgekommen. Sie behauptet heute nur noch, daß sie von mehr Metallarbeitern gelesen werde als der „Vorwärts“. Diese erheblich bescheidenere Behauptung beweist aber nicht minder, wie wenig genau man es in Kommunistenkreisen mit Behauptungen nimmt. Dann schreibt das Blatt unter anderem:

Fest steht, daß der Kollege Ulrich vom DMB nach jeder DMB-Verhandlung und auch nach den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss allein dem „Vorwärts“ persönlich oder telefonisch die Ergebnisse überbrachte.

Hierzu können wir nur erklären, daß diese Behauptung genau so unwahr ist, wie die Behauptung, daß Genosse Ulrich oder die Ortsverwaltung des DMB die Funktionäre aufgefordert hätten, keine Versammlungen zu organisieren. Dieser Schwindel ist angefochten aller Funktionäre — einschließlich der kommunistischen — festgestellt worden.

Was nun das „Nachrichtenmonopol“ des „Vorwärts“ in gewerkschaftlichen Fragen betrifft, so besteht es vorwiegend darin, daß die Redaktion des „Vorwärts“ nicht darauf wartet, daß man ihr Nachrichten zurträgt, sondern sich selbst darum bemüht. Dieses Nachrichtenmonopol besteht weiter in der Tatsache, daß die Redaktion des „Vorwärts“ die gewerkschaftlichen Nachrichten nicht, wie es die „Rote Fahne“ täglich tut, böswillig verdreht. Die Redaktion des „Vorwärts“ geht von diesem Grundgedanken aus nicht ab, wenn es sich um Ortsverwaltungen handelt, die unter kommunistischer Leitung stehen. Das Nachrichtenmonopol des „Vorwärts“ in gewerkschaftlichen Angelegenheiten ist aber auch zum guten Teil darauf zurückzuführen, daß wir alle unächseligen Angriffe unterdrücken, daß wir die Aufgabe eines Arbeiterblattes darin sehen, den Kampf der Gewerkschaften zu unterstützen.

Die Redaktion der „Roten Fahne“ hat eine andere Theorie und Praxis. Sie sieht ihre Aufgabe vor allen Dingen in der Bekämpfung der Gewerkschaften, sofern diese Gewerkschaften nicht von Kommunisten geleitet werden. Sie sieht ihre Aufgabe darin, alle Gewerkschaftler, die sich nicht unter die Krute von Roskau beugen, in der gemeinsten Weise zu verunglimpfen. Von diesen Gewerkschaftlern dann noch verlangen, daß sie dem Bolschewistenblatt Berichterstattungsdienste zu leisten hätten, dazu gehört die ganze moskowitzische Unverschämtheit.

Kommunistische Landarbeiterpolitik.

Alles der Agitation zuliebe!

Das Bestreben der Kommunisten, durch Agitationsanträge zu prunken, hat ihnen wieder einmal eine schwere Blamage bereitet.

Als kürzlich im sächsischen Landtag das Kapitel „Staatsgüter“ beraten wurde, beantragten sie unter anderem auch, daß die wöchentliche Arbeitszeit auf den Staatsgütern 48 Stunden betragen solle. Außerdem könnten noch 100 Ueberstunden gemacht werden. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Ausschuss gegen den Antrag gestimmt, selbstverständlich nicht aus Feindschaft gegen die 48-Stunden-Boche, sondern weil der kommunistische Antrag praktisch eine Verschlechterung der bestehenden Verhältnisse schaffen würde. Nach dem zurzeit geltenden Tarifverträge ist bereits eine Gesamtarbeitszeit von pro Jahr 2400 Arbeitsstunden festgelegt. Das ergibt eine Wochenarbeitszeit von 48 Stunden. Nach dem kommunistischen Antrag kommen aber zu den 50 mal 48 Stunden noch die 100 Ueberstunden, so daß die jährliche Arbeitszeit nicht, wie durch Tarif festgelegt, 2400 Stunden, sondern 2500 Stunden betragen würde.

Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß es in der Landwirtschaft mit ihrer Saisonarbeit gar nicht möglich ist, die Arbeitszeit so zu gestalten, wie etwa in der Industrie. Das sehen die Kommunisten auch ein, daher ihr Antrag auf 100 Ueberstunden. Aber damit hat sich die „Fürsorge“ der SPD. für die Landarbeiter noch nicht erschöpft. Sie fordern unter anderem auch die Gewährung von 30 Zentnern Kohlen und einem Raummeter Holz an verheiratete Landarbeiter. Der Deutsche Landarbeiterverband und die Betriebsräte lehnen aber die Gewährung von Deputat ab. Sie fordern im Interesse der Freiheit und der Unabhängigkeit des Landarbeiters im Gegenteil, daß keine Deputate, sondern nur ein anständiger, auskömmlicher Barlohn ausgezahlt wird.

Verantwortlich für Politik: Gieseler Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Eilertsen; Revolution: R. S. Wölke; Sozialismus und Sozialismus: R. S. Wölke; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bünde in Westfalen.



mitten in vieldreier Gegend, ist die Geburtsstätte der so feinen

Dörrfler Würstchen.

Sie gehen von dort in Millionen von Paaren in die Welt und erfreuen überall! Für jede Gelegenheit und jeden Geschmack sind sie das Richtige! Dörrfler-Würstchen kann man sich nicht leid essen, weil sie eine sehr feine Würzung haben und abwechselnd in verschiedenen Sorten:
Dörrfler-Würstchen in Dosen von 2, 4, 5, 6, 8, 10 und 12 Paar.
Dörrfler-Bouillonwürstchen in Dosen von 2, 4, und 8 Paar à 75 Gramm.
Dörrfler lange Bock mit Speckwürstchen in Dosen von 2, 4 und 8 Stück à 75 Gramm.
Dörrfler Westfälische Bauernwürstchen in Dosen von 3 und 6 Paar à 100 Gramm. auf den Tisch kommen können.

Elektrische Anlagen

10-12 Monatsraten, auch ohne Anzahlung
Vertreterbesuch und Kostenschätze unverbindlich!
G. Joh. Reincke & Co.
Berlin-Schöneberg, Maxstr. 6.
Stephan 5276.

Auf Teilzahlung

Herren-, Damen-Garderobe
Anzüge, Gummi-Mäntel, Kleider
MÖBEL
bis 18 Monatsraten
Schlaf-, Speise-, Herronzimmer
Küchen, Einzelmöbel, Federbetten
Antel Gr. Frankfurter Str. 34
(Strausberger Platz).

Der gute Kapitän-Kaufabak

ist in den meisten Drogen- und Lebensmittelgeschäften erhältlich
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgl. 3861

OPPEL FAHRRADER

300 wöchentlich
Verführung und Verkaufsstelle:
Andreasstraße 15
Senfelderstraße 30
Weddingstr. 5 (Cigarren-Geschäft)
Oberschöneweide, Edisonstr. 53
Brunnenstraße 80
Neukölln, Steinmetzstraße 103
Neukölln, Okerstraße 6
Verlangen Sie unverbindlich Vertreterbesuch
TEL. BISMARCK 4273-75
RADIO G. M.
BERLIN W 50, Kurfürstendamm 17

Bevor Sie Tapeten kaufen!

müssen Sie die Ausstellung der Tapeten-Spezialfirma
Tapeten-Stahke
Lindower Straße 5
im Ringbahnbogen am Ausgang Bahnhof Wedding, Untergrundbahn-Station Wedding gesehen haben.
4 Schaufenster höchstbedeutende Tapeten
mit billigen Engrospreisen überzeugen.
Durch Wagenweisen Engrospreise 40%
Ersparnis! — Der weiseste Weg lohnt!